



## **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

### **32. Sitzung (öffentlich)**

30. Oktober 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

17:15 Uhr bis 20:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)</b>	<b>6</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/7200	
	hier: Einzelplan 10	
	Vorlagen 17/2358, 17/2487 und 17/2565	

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 170 – Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und Direktor der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragter – Titel 671 11 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD

gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 260 – Landesforstverwaltung – Titel (neu) Einrichtung eines Waldfonds zum Ankauf von Kalamitätsflächen – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 400 – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – Titelgruppe 63 – Verbesserung der Lebensmittelüberwachung – Titel 546 63 Kosten der Ausbildung zur Lebensmittelkontrolleurin und zum Lebensmittelkontrolleur sowie zur Veterinärkontrollassistentin und zum Veterinärkontrollassistenten – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD zu.

## **2 Kleingartenwesen in NRW für die Anforderungen der Zukunft stärken 25**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4808

Ausschussprotokoll 17/711

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/4808 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

## **3 Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanz-offensive ermöglichen 28**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/5616

Ausschussprotokoll 17/708

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/5616 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

- 4 Für eine nachhaltige EU-Handelspolitik – EU-Mercosur-Assoziationsabkommen stoppen** **33**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/7370
- Die Beratung wird verschoben.
- 5 Der Forstwirtschaft in NRW unbürokratisch helfen – Die Hilferufe der nordrhein-westfälischen Waldbauern ernst nehmen!** **34**
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/7534
- Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.
- 6 Wie wird die Landesregierung das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ umsetzen?** **35**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2498
- Wortbeiträge
- 7 Listerien in Wurst** **38**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2562

In Verbindung mit:

**9 Koordination zwischen Bund und Land in der Lebensmittelkontrolle –  
Welche Pläne hat das Land?**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2553

– Wortbeiträge

**8 Aktueller Stand der gewässerökologischen Auswirkungen künstlich  
angelegter Querbauwerke** 42

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2552

– Wortbeiträge

**10 Zentraldeponie Emscherbruch** 45

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2561

– Wortbeiträge

**11 Rückstände aus der Schwerölvergasung der Shell Rheinland Raffinerie** 49

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2568

– Wortbeiträge

## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/7200

hier: Einzelplan 10

Vorlagen 17/2358, 17/2487 und 17/2565

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** verweist auf die übersandte Vorlage 17/2565, in der die Antworten zu den schriftlich eingereichten Fragen enthalten seien. Heute solle über den Haushalt abschließend beraten werden. Es lägen drei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor – vgl. Vorlage 17/2732.

**Norwich Rübe (GRÜNE)** führt aus, seine Fraktion habe drei Änderungsanträge zum Haushalt gestellt, weil sie der Meinung sei, dass an ein paar Punkten Veränderungen notwendig seien. Auch sei der Haushalt nach Meinung seiner Fraktion insbesondere in den Bereichen Naturschutz, Artenvielfalt zu wenig ambitioniert. Da müsste deutlich mehr passieren. Er begrüße allerdings ausdrücklich das, was die Landesregierung im Bereich Wald mache, dass dort einiges passieren solle, das sei gut.

Er erinnere an die große Veranstaltung zur Artenvielfalt. Auch das müsste sich in einem Landeshaushalt entsprechend wiederfinden. Das tue es nicht hinreichend.

Bei der Frage Wald setze sich seine Fraktion dafür ein – deshalb auch der Antrag –, einen Waldfonds einzurichten, dass man an der Stelle einen Schritt weitergehen müsse und dass man den Waldbäuerinnen und Waldbauern ein Angebot machen sollte in dem Fall, dass sie ihre Flächen lieber verkaufen wollten, dass man ihnen dann als Land auch ein attraktives Angebot machen könne.

Seitens der Koalitionsfraktionen gebe es eher Überlegungen, ob das Land vorübergehend Flächen pachten könne. Das halte er für deutlich schwerer darzustellen. Im Bereich Waldbesitz habe man das Problem, dass die Distanz zwischen Waldbesitzer und Wald über Vererbungen usw. größer geworden sei. Er höre immer wieder, dass es Waldflächen gebe, bei denen man gar nicht mehr genau weiß, wo der Waldbesitz überhaupt liege, weil man längst woanders wohne. Der Wald sei vererbt worden, man wohne aber gar nicht mehr an dem Ort. Wenn dann so ein Wald betroffen sei, was jetzt passiert sei, dann sei die Frage, ob der Besitzer überhaupt noch willens sei, aktiv zu werden oder ob er nicht froh wäre, wenn das Land an der Stelle ein attraktives Kaufangebot machen würde und den Wald übernehmen würde. Das sei der Hintergrund, weshalb seine Fraktion gerne einen Waldfonds hätte, den man über fünf Jahre mit jährlich 80 Millionen Euro ausstatten sollte. Der Landesbetrieb sollte die Aufgabe haben, diese Flächen aufzukaufen.

Der andere Punkt betreffe den Bereich Lebensmittelkontrolle. Da würde seine Fraktion gerne den Ansatz um 1 Million aufstocken, was zuvor gekürzt worden sei. Da verweise

er auf das, was man im Bereich Lebensmittelhygiene erlebt habe, insbesondere bei dem Fall in Hessen mit der Firma Wilke. Niemand hätte sich vorstellen können, dass so eine „Wurstbude“ bei solchen Zuständen überhaupt noch in Betrieb sei. Er hätte es nicht für nicht möglich gehalten, was da an Bildern gekommen sei. Das sei ja kein Hinterhofunternehmen gewesen, sondern das sei ein großes Unternehmen mit 200 Mitarbeitern. Er glaube, dass im Bereich Lebensmittelkontrolle anscheinend jeder Euro, den man da anlege, ein gut angelegter Euro sei. Da beantrage seine Fraktion die Aufstockung um 1 Million. Entsprechend sollte – das sei der dritte Antrag – der Titel Erstattung von Verwaltungskosten um 1 Million Euro bei der Landwirtschaftskammer reduziert werden.

**André Stinka (SPD)** bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Bevor er eine Frage stelle, wolle er ein paar allgemeine Ausführungen zum Haushalt machen, wobei seine Fraktion die Anträge zum Haushalt in den Haushaltsausschuss gebe. Das sei auch in der Obleuterunde besprochen worden.

Er erinnere an die Veranstaltung der Biodiversität der Landesregierung, die Anfang Juni stattgefunden habe, zu der auch die Sprecherinnen und Sprecher aus dem Ausschuss eingeladen gewesen seien, um ihre Statements abzugeben. Er nehme das als Aufhänger, um deutlich zu machen, dass die Umwelt- und Klimapolitik dieser Landesregierung nicht konsistent sei. Bereits wenige Tage später habe er, der auch Mitglied des Wirtschaftsausschusses sei, erlebt, wie bei der Diskussion um den Landesentwicklungsplan das 5-ha-Ziel, die Flächenproblematik dann keine Rolle mehr gespielt habe. Von daher sei für die Sozialdemokraten dieser Haushalt wieder ein Beweis dafür, dass zwar sonntags geredet werde, dass für Insektenschutz, für Biodiversität viel getan würde, dass man sich in vielen Runden treffe, dass aber letztendlich, wenn es um die tatsächliche Ausgestaltung von Maßnahmen gehe, kein „roter Faden“ seitens der Landesregierung erkennbar sei. Dieses Beispiel mache deutlich, dass man sich nicht drei Jahre dahinter verschanzen könne, man hätte von der rot-grünen Landesregierung dieses und jenes übernommen, man müsse schon eigene Akzente in dem Bereich setzen.

Heute Morgen sei im Wirtschaftsausschuss das Thema „Wind im Wald“ diskutiert worden, das eng damit verbunden sei, dass viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die im privaten Bereich erhebliche Probleme durch Klimawandel – seine Fraktion habe die Ministerin ja immer unterstützt –, durch die Dürresommer der letzten zwei Jahre hätten. Gewaltige Umweltveränderungen träfen Nordrhein-Westfalen. Die Problemlagen berücksichtige man beim Holzverkauf, bei den Wiederaufforstungsmaßnahmen, was auch notwendig sei, weil der Wald für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung, für den Wasserhaushalt eine große Bedeutung habe.

Da sei es nicht verständlich, dass man dann wieder die Möglichkeit entziehe, dass die Forstwirte den Wind im Wald nutzen dürften. Für Freiherr Heereman, Vorsitzender des NRW-Waldbauernverbandes, der nicht verdächtig sei, dass er der Sozialdemokratie sehr nahe stehe, seien Windräder in Wäldern kein Tabu. Er trete dafür ein, dass der

Wald als Windkraftstandort genutzt werde. Wenn heute Morgen im Wirtschaftsausschuss die Notlagen der Forstwirte anerkannt werde, dann aber die Einnahmemöglichkeit durch Windkraftstandorte verhindert werde, dann passe das wieder in das Bild, dass viel in Dialogrunden geredet werde, dass man die Menschen ernst nehme, im tatsächlichen Handeln sei davon leider wenig zu sehen. Von daher seien auch in diesem Haushalt die Verknüpfungspunkte zum Thema „Klima“ und anderen Fragen sehr schwach ausgebildet.

Man habe sich beim Thema „Klimafolgen“ über die Hitzeinseln unterhalten. Die SPD-Landtagsfraktion habe hierzu einen Antrag eingebracht. Dazu habe eine umfangreiche Anhörung stattgefunden, in der deutlich geworden sei, in welcher schwierigen Lage sich die Kommunen wegen der finanziellen Ausstattung befänden, in welcher schwieriger Lage die Vernetzung der Arbeiten in den Ballungsräumen zu sehen sei. Er hätte sich gewünscht, auch weil die Frau Ministerin in ihrer Einführung zum Haushalt das Thema „Klima- und Klimaanpassung“ beschrieben habe, dass hier auch ein Impuls aus dem Haus mit dem Bauministerium, mit dem Kommunalministerium gemeinsam erarbeitet würde, dass alle an einen Tisch kämen und man darüber rede, wie man diesen Klimaveränderungen begegne und damit auch der Senkung der Lebensqualität für viele Menschen, die in Quartieren lebten, die sich vor der Hitze nicht so schützen könnten wie diejenigen, die relativ wenig starke Bebauung hätten. Er finde es traurig, dass in diesem Bereich von der Landesregierung sehr wenig zu sehen und auch der Haushalt keinen Hinweis darauf gebe, wohin man gehen wolle.

In der letzten Umweltausschusssitzung sei noch einmal das Thema „Umweltstabsstelle“ angesprochen worden. Man sei darüber verwundert gewesen, dass das Gutachten, das in Auftrag gegeben worden sei, noch nicht vorliege, dass man sich so lange damit Zeit lasse, welche Alternativen man in dem Bereich organisieren wolle. Das wäre ein gutes Zeichen, wenn in dem Bereich zügiger gehandelt würde.

Ganz erstaunlich – er habe sich eine Pressemitteilung von Herrn Deppe rausgesucht – sei es, wenn der Bereich Hochwasserschutz um 10 Millionen Euro gesenkt werde. Man habe sich heute im Arbeitskreis vorgestellt, was losgewesen wäre zuzeiten, in denen die rot-grüne Landesregierung regiert habe, wenn so etwas beschlossen worden wäre. Die Pressemitteilung von Herrn Deppe von damals stehe noch im Netz. Das Netz vergesse nichts. Es sei schon erstaunlich, wie man den Ansatz beim Hochwasserschutz im Haushalt um 10 Millionen Euro reduzieren könne.

Für seine Fraktion – im Insektenschutz werde das deutlich – sei es wichtig, dass das Haus im Zuge der Erläuterung eines neuen Ansatzes der Agrarpolitik – man habe sich häufig im Bereich der Düngeverordnung gestritten – Akzente im Bereich der Nutztierhaltungsstrategie setze. Die Debatte müsse geführt werden, der Ansatz werde auch erhöht. Er frage, in welchem Zeitraum das stattfinden solle, welcher Zeitrahmen geboten sei. Er habe gerade darauf hingewiesen, dass die Landesregierung nach zwei Jahren Regierungsantritt in einen Bereich kommen müsse, in dem sie, wenn sie NRW als starkes Agrarland bezeichne, sich einbringen müsse in die GAP-Verhandlungen und deutlich machen müsse, wie man sich die Nutztierhaltungsstrategie vorstelle und wie

man nicht nur auf Demonstrationen der Landwirtinnen und Landwirte reagiere, sondern konkret die Umsetzung im Land Nordrhein-Westfalen aussehe. Mit einem Pilotprojekt Stallbau sei es nach seiner Einschätzung nicht getan, wenn man so ein starkes Agrarland sein wolle, wie immer dargestellt werde.

Er verweise auf „Haus Düsse“, das werde in dem Bereich nicht mehr erwähnt. Er glaube, dass dieser gut gemeinte Stallbau sicherlich eine nette Initiative sei, aber nicht davon ablenke, dass man im Bereich Gewässerschutz – die Düngeverordnung habe er angesprochen – man nicht weiterkomme. Seine Fraktion erwarte mehr von Nordrhein-Westfalen und von dieser Landesregierung, die ja vorgebe, sich gerade um den Agrarstandort stark zu kümmern. Hierzu finde er wenige Ansätze.

Er habe vorhin deutlich gemacht, dass es um die Lebensqualität der Menschen hier in Nordrhein-Westfalen, auch in den Ballungsräumen, gehe. Auf der Ruhrkonferenz seien Themenschwerpunkte gesetzt worden, was die Begrünung in den Kommunen angehe. Nach Einschätzung der SPD-Fraktion sei es erforderlich, dass die Menschen nicht im Regen stehen blieben, sondern dass das unterfüttert werden müsse mit eigenen Handlungen und mit Maßnahmen – er habe das eben in Bezug auf den Antrag Hitzeinseln angesprochen –, sodass man hier erkennen könne, dass seitens der Landesregierung die Kommunen unterstützt würden.

Ein Wort zum Bereich „Luftreinhaltung“: In der letzten Plenarrunde sei deutlich gemacht worden, dass Luftreinhaltungspläne, die vorgelegt würden – das widerspreche der Aussage des Ministerpräsidenten, es werde schon immer gutgehen –, von vielen Gerichten als rechtswidrig eingestuft würden. Er glaube, es sei an der Zeit, dass die Landesregierung im Bereich der Luftreinhaltung eigene Maßnahmen deutlich im Haushalt unterlege, um klarzumachen, dass es hier um Gesundheitsschutz gehe und dass das eine der wichtigsten Aufgaben dieses Ministeriums innerhalb der Landesregierung sei.

In dem Haushaltsplan sei kein „roter Faden“ erkennbar. Dialogrunden und Gesprächskreise seien gut. Aber letztendlich sei eine Landesregierung dazu gewählt, zu entscheiden und irgendwann klar zu sagen, in welche Richtung man gehen wolle. Das sei in diesem Haushalt kaum zu erkennen.

Zum Bereich des „Wolfs“ – da habe seine Fraktion die Ministerin immer unterstützt: Da werde hochemotional diskutiert. Er habe letztens die Erfahrung in der Eifel machen können. Das sei immer eine schöne Veranstaltung. Da unterstütze die SPD-Fraktion das Vorgehen der Ministerin, das klar strukturiert sei, es nehme die Emotionen auf, aber reagiere nicht emotional, sondern so, wie sich das innerhalb des Naturschutzes und in der Debatte vernünftig darstellen lasse.

Seine Fraktion werde dem Einzelplan 10 nicht zustimmen. Er habe die kritischen Punkte angesprochen. Die „rote Linie“ fehle, das Ziel sei nicht erkennbar, Schwerpunkte seien nach seiner Einschätzung häufig nicht unterfüttert mit den dafür notwendigen Haushaltsmitteln.

**Bianca Winkelmann (CDU)** hat den Eindruck, als habe man unterschiedliche Haushaltspläne gelesen. Im Gegensatz zu den Vorrednern erkenne ihre Fraktion durchaus

einen „roten Faden“, eine klare Linie, die alle Bereiche des großen Aufgabenbereichs des Ministeriums abdecke und das in Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel.

Sie wolle nicht auf alle einzelnen Bereiche eingehen, ein Stichwort sei vorhin zweimal gefallen: Natur- und Artenvielfalt bewahren. Da hätten die Kollegen möglicherweise nicht tief genug in den vorliegenden Haushalt hineingeschaut, sie wolle gar nicht von den 11 Millionen Euro für die 40 Biologischen Stationen im Jahr sprechen oder darüber, dass für die 23 BNE-Umweltbildungseinrichtungen 550.000 Euro mehr im Haushalt eingestellt worden seien.

Das hohe Engagement der Landesregierung, Maßnahmen im Vertragsnaturschutz weiter zu verbessern, sei glücklicherweise mit ausreichenden finanziellen Mitteln hinterlegt worden. So habe man durch den Vertragsnaturschutz betreute Flächen seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 2017 von 28.186 ha auf mittlerweile 32.540 ha im Jahr 2019 ausdehnen können. Das sei auch ein Verdienst der regierungstragenden Fraktionen. Dieser Punkt sei ihrer Fraktion sehr wichtig. Sie begrüße außerordentlich, dass im Haushalt die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Das Thema „Forst und Forsthilfen“ sei mehrfach angesprochen worden. Man spreche aus gutem Grund sowohl im Ausschuss als auch in anderen Gremien über den Zustand des Waldes, da alle wüssten, dass das ein großes Problem sei. Die Neuaufforstung der Wälder werde definitiv eine generationsübergreifende Aufgabe sein, der Wald werde sich verändern. Sie sei dankbar, dass das 100-Millionen-Programm des Landes als Ergänzungsvorlage mit eingereicht werde, das bedeute, 10 Millionen Euro verlässlich auf zehn Jahre in den Landeshaushalt einzubringen. Wenn man jetzt in einem Änderungsantrag 80 Millionen Euro fordere, so könne man das als Opposition möglicherweise tun. Bei allen Forderungen sollte man aber Maß und Mitte bewahren und schauen, was überhaupt umsetzbar sei.

Das Thema „Lebensmittelkontrolle“ werde im Änderungsantrag der Grünen angesprochen. 1 Million Euro mehr für Lebensmittelkontrollen seien sicherlich immer wünschenswert. Man wisse aber, dass die Haushaltsmittel immer knapper würden. Die Grünen wollten diese 1 Million Euro bei der Landwirtschaftskammer einsparen. Da gerade aktuell die neuen Rahmenbedingungen mit der Landwirtschaftskammer ausgehandelt würden, speziell im Bereich Sachkosten, im Bereich Personalkosten sich die Zeiten geändert hätten und höhere Ansätze angesetzt worden seien, glaube sie, dass es zeitgemäße Verhandlungen seien und dass bei der Landwirtschaftskammer in der derzeitigen Situation nicht eingespart werde dürfe.

Dass die Lebensmittelkontrollen in NRW gut funktionierten, habe man bei den letzten Lebensmittelskandalen gesehen, über die der Ausschuss gleich noch diskutieren werde. Das System sei auf einem guten Weg, es funktioniere. Die Kontrollen würden schärfer und genauer. So, wie es zurzeit aufgestellt sei, sei es sehr gut aufgestellt.

Ein Satz zur „Nutztierhaltungsstrategie“: Das sei ein System, das dankenswerterweise vom Ministerium auf den Weg gebracht worden sei, weil es endlich jemanden gebe, der verlässliche Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe auf den Weg

bringen wolle, nämlich das Ministerium mit Unterstützung der Regierungsfractionen. Nichts anderes erwarteten die Landwirte: Wer in den Umbau der Ställe finanzieren wolle, um zum Beispiel nach den gesteigerten Tierwohl-Lable-Anforderungen produzieren zu können, der müsse erst einmal wissen, was die Rahmenbedingungen zum Beispiel im Baurecht oder im Umweltrecht bedeuteten. Dafür habe man auch den Versuchsstall auf „Haus Düsse“ geplant. Das sei genau der richtige Weg, damit man verlässliche Angaben habe, was der Maßstab sei, mit dem die Landwirte in Zukunft weiter produzieren könnten. Die 2 Millionen Euro für die Nutztierhaltungsstrategie sei sehr gut angelegtes Geld. Im Haushalt seien alle Bereiche gut abgedeckt.

**Markus Diekhoff (FDP)** freut sich über die prinzipiell große Einigkeit, die es unter allen Fraktionen bezüglich des Haushalts gebe. Wenn er sich die Änderungswünsche von SPD und Grünen anschau, so sei das nichts Wesentliches. Das, was drauf solle, sei aus seiner Sicht nicht notwendig. Der Rest werde ja nicht kritisiert. Wenn SPD und Grüne nichts Besseres einfallen, um den Haushalt zu kritisieren, dann könnten alle gemeinsam mit dem Haushalt sehr zufrieden sein. Der Haushalt mache genau das, was er solle. Er schütze Natur und Artenvielfalt, gebe Planungssicherheit für die Biologischen Stationen, die Umweltbildungseinrichtungen würden gefördert, es gebe die Ausweitung von Blühflächen, im Nutzungsbereich habe man die Entschädigung für die Wölfe. Man habe die Herausforderung bei der Forstwirtschaft aufgenommen. Es sei zweimal bestätigt worden, dass das gut und richtig sei.

Der Antrag der Grünen ziele darauf ab, 80 Millionen Euro in einen Waldaufkauffonds zu stecken, unabhängig davon, dass die Dimension ihn überrasche. Herr Rüße sollte eigentlich wissen, wie viel Geld in diesem Haushalt stecke. Das sei genau der gleiche Fehler wie in Berlin, nur nicht in Beton, sondern in Holz. Es helfe niemandem, den Besitzer und des Eigentümers des Waldes zu wechseln. Entscheidend sei, dass der Wald da sei. Da bringe ein reines Aufkaufprogramm eines bestehenden Waldes nichts, was weiterbringe. Das könne man getrost ablehnen. Auch ein privater Wald erfülle seine Funktionen im Bereich Arten-, Natur- und Klimaschutz.

Er verweise auf die Optimierung und Sicherung der Tierhaltung. Man könne immer sagen, man müsse mehr machen. Entscheidend sei, man mache überhaupt etwas. Jahrelang sei nichts passiert, außer Leuten Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen. Die NRW-Koalition und die Landesregierung machten sich jetzt auf, Zukunftslösungen aufzuzeigen, und zwar in einem sehr ausgewogenen Verhältnis in den Bereichen Tierwohl, Tierhaltung und den Tierhaltern. Das, was gesellschaftlich gewollt sei, auch die Lables, die erhöhten Anforderungen an die Tierhaltungen würden eingebaut. Man werde aufzeigen, wie das in einem dicht besiedelten Bundesland wie Nordrhein-Westfalen möglich sei. Die Rahmenbedingungen, die viele kleinteilige Gesetzesbereiche betreffen, würden geschaffen. Das sei ein hervorragender Schritt in die richtige Richtung.

Die NRW-Koalition habe den Verbraucherschutz flächendeckend noch einmal gestärkt, noch mehr Geld in den Verbraucherschutz gesteckt. Verbraucherschutz sei aus Sicht der FDP ein wichtiges Thema für einen mündigen Verbraucher. Natürlich müsse

jemand an der Seite des Verbrauchers stehen, ihn aufklären, ihn informieren. Das sei sehr wichtig. Er bedanke sich für den breiten Konsens, auch wenn der Haushalt aus politischer Sicht von den Oppositionsfraktionen hinterher abgelehnt werde.

Dann habe Herr Rüße das „alte Lied der Windkraft“ im Wald gesungen. Windkraft im Wald sei ein Kampf Artenschutz gegen Klimaschutz. Der NABU sage ihm, Artenschutz sei das viel wichtigere Thema. Man sollte den Klimaschutz vergessen, man müsse erst Artenschutz machen. Der Verlust der Artenvielfalt werde viel schneller töten als der Klimawandel. Wenn man es von dieser Seite aus sehe, dann sei es der richtige Weg zu sagen, man nehme die Windkraft im Wald erst einmal zurück. Der LEP schließe sie nicht 100%ig aus. Es sei jetzt nur noch die letzte Möglichkeit, wenn alle anderen Standorte benutzt seien. Dann könne man darüber nachdenken, ob man so etwas im Wald mache. Es sei völlig unverantwortlich, einfach so funktionierende Biotope zu zerstören, weil einem sonst nichts anderes einfallt. Er wolle den Artenschutz gegen Klimawandel nicht gegeneinander ausspielen. Es müsse die letzte Lösung sein, in den Wald hineinzugehen.

Zu den Hitzeinseln: Der Antrag habe keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Daher finde er sich auch nicht im Haushalt wieder. Das sei ein übliches Verfahren. Das möge Herrn Rüße traurig machen, es sei aber so. Zu den Luftreinhalteplänen – er habe es schon mehrfach im Plenum gesagt –, wenn man so viele Jahre Totalversagen gezeigt habe, nichts gemacht habe im Rahmen der Luftreinhaltepläne, was nachweisbar und für jeden nachvollziehbar zu sehen sei, dann sollte man vielleicht die Backen nicht so „dick“ machen. Die Landesregierung habe Luftreinhaltepläne zusammen mit den Partnern, den Kommunen und den Bezirksregierungen, aufgelegt, leider in einer unglaublichen Geschwindigkeit. Die Schubladen seien leer gewesen, man habe es lösen müssen. Das Ergebnis könne sich sehen lassen. Man habe keine aktiven Fahrverbote für Fahrzeugen mit irgendwelchen Labels, Plaketten, was auch immer. Das, was die Landesregierung versprochen habe, was der Ministerpräsident versprochen habe, sei eingehalten worden. Da habe die Landesregierung geliefert, und zwar so geliefert, dass es den Menschen helfe. Auch gebe man kein Geld aus, das am Ende keiner brauche. Da habe man genau das Richtige getan, es habe funktioniert. Er halte den Haushalt und alles, was daran hänge, für zustimmungsfähig.

**Dr. Christian Blex (AfD)** stellt heraus, wenn er sich das Wetter draußen anschauet, dann würde er sich über Hitzeinseln freuen. Manche seien vielleicht aus dem Herbsturlaub zurückgekommen, hätten sich über die Wärme, die Sonne im Süden gefreut. Jetzt sei man in den kalten Herbstanfang hineingerutscht mit Nordwinden. Manchmal wäre es schöner, wenn man das Klima wirklich erwärmen könnte. Ansonsten bleibe nur der Artenschutz übrig. Klimaschutz könne man nicht machen.

CDU und FDP wollten Artenschutz, seine Fraktion wolle im Gegensatz dazu Bürger- und Heimatschutz. Wer neben einem Windrad wohne, wisse, dass man visuelle Belästigungen habe, man habe Infraschall-Belästigungen. Seine Fraktion wolle die Windräder auch nicht im Wald haben, sie wolle sie überhaupt nicht haben. CDU und FDP

wollten die Ökoindustrie schützen, die seine Fraktion nicht schützen wolle. Das sei der wesentliche Unterschied.

Zurück zum Haushalt: Es sei viel heiße Luft produziert worden, das falle aber nicht in den Bereich anthropogener CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Seine Fraktion habe Fragen zum Haushalt gestellt. Da könne man erkennen, dass die Landesregierung viel versprochen habe, aber wenig geliefert habe, also deutlich mehr Schein als Sein. Das werde an mehreren Stellen deutlich. Es sei ein Anreizsystem zur nachhaltigen Wildschweinbejagung mit Werksverträgen in Höhe von 2 Millionen Euro geschaffen worden. Bis heute sei kein einziger Werksvertrag abgeschlossen worden, kein einziger Euro sei abgerufen worden. Das sei das, was die Laschet-Regierung könne: Sie habe die Werbetrommel gerührt, es stehe aber nichts dahinter. Die Haushaltskosten für den Hochwasserschutz seien erhöht worden, um sie jetzt wieder um 10 Millionen Euro zu senken, denn es stünden ja ausreichend Mittel zur Verfügung, deshalb erhöhe man sie erst werbewirksam.

Dann habe die Landesregierung ein Wiederbewaldungsprogramm angekündigt, 100 Millionen Euro für ein Wiederbewaldungsprogramm. Die 100 Millionen Euro seien im Haushalt noch nicht verankert. Jetzt komme eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf mit 90 Millionen Euro Verpflichtungen für die nächsten neun Jahre.

(Widerspruch von Bianca Winkelmann [CDU])

Wenn die Bäume jetzt fehlen würden, dann könne man doch nicht zehn Jahre lang die Lufterosion darüber wehen lassen. Es gehe hier nicht um haushaltstechnische Einzelfragen, sondern es gehe generell um die Glaubwürdigkeit des Ganzen. Die Landesregierung könne auch nicht glaubhaft für ihre grünen Ökoprojekte vermitteln, dass es eine hinreichende Abfrage mit Blick auf die Haushaltsmittel gegeben habe. Mit großem Tamtam habe man eine Sondersitzung in Schmallenberg im Sauerland veranstaltet. 4 Millionen Euro seien versprochen worden. Niemand wisse, wie jeder einzelne Euro wirksam abgerufen werden solle.

Er frage, wie das bei den vielen Kleinstwaldbesitzern ankomme. In der Anfangsphase, in den ersten zehn Jahren bestehe der größte Finanzbedarf. Er frage, warum jedes Jahr 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt würden, wenn man am Anfang mehr brauche und am Ende, wenn die Bäume nach zehn Jahren stünden, weniger brauche. Es werde an ein paar Einzelschrauben gedreht.

Es werde lautstark Werbung für einen Landestierschutzbeauftragten gemacht. Seine Fraktion wolle ihn nicht. Die Landesregierung wolle ihn, er sei aber immer noch nicht im Haushalt etatisiert. Das zeichne den Haushalt aus. Herr Stinka habe recht, es sei keine schwarz-gelbe Linie mehr zu erkennen. Die Landesregierung und Frau Heinen-Esser verfolgten eine reine grüne Symbolpolitik, weil das Ministerium grün geworden sei. Das zeichne die CDU mittlerweile aus. Das letzte Wort dazu sei noch nicht gesprochen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)** führt aus, nun sei eine Menge zum Haushalt gesagt worden. Sie würde gerne nach Themenblöcken vorgehen und Grundsätzliches dazu sagen.

Zum Thema „Landwirtschaft“: Sie sei enttäuscht von Herrn Stinka. Ihr vorzuwerfen, die Landesregierung würde im Bereich der Düngeverordnung nichts tun, das sei schon unverschämt. NRW sei das einzige Bundesland, das seine Messstellen alle untersuchen lasse. Es habe sich herausgestellt, dass 10 % der Grundwassermessstellen nicht funktionierten. Die Landwirte würden aufgefordert, auch ihre Messstellen zu melden, sodass man gucken könne, ob sie vernünftig funktionierten.

Ihre Kollegin Barbara Otte-Kinast (CDU) in Niedersachsen, Landwirtschaftsministerin, die sie sehr schätze, der Kollege Olaf Lies (SPD), Umweltminister in Niedersachsen, weigerten sich beharrlich, dieses Thema in Niedersachsen, wo es genauso dringlich sei wie hier, anzugehen. Das sei der erste Punkt.

Der zweite Punkt: NRW sei das erste und einzige Bundesland, das das Thema „Binnendifferenzierung“ in den „roten“ Gebieten tatsächlich angehe und durchziehe. Sie sei zuversichtlich, dass man 25 % bis 30 % der „roten“ Gebiete hier reduzieren könne. Ihr zu sagen, sie würde da nichts tun, bloß weil man die Euros jetzt nicht im Haushalt finde, das finde sie nicht in Ordnung. NRW sei wirklich das Land, das hier federführend sei.

Dann sei gesagt worden, die 2 Millionen Euro für den Stall auf „Haus Düsse“ interessiere keinen Landwirt. Doch, es interessiere die Landwirte, weil man anhand dieses Falles exemplarisch zeigen könne, wie künftig die Ställe aussehen sollten mit Auslauf usw. Anhand dieses Stalles könne man auch zeigen, wie der Umbau eines Stalles vor sich gehe. Das sei sehr wichtig. Stallsysteme sollten entwickelt werden, die in Zukunft einfacher genehmigt werden könnten, als das heute der Fall sei. Auf „Haus Düsse“ habe man auch das Problem mit den Genehmigungsbehörden. Da warte man auch zwei Jahre auf eine Genehmigung, so wie jeder normale Landwirt das auch tue.

Jetzt werde versucht anhand dessen, wie der Prozess gestaltet werde, nachzuvollziehen, wo es hake. NRW sei das einzige Bundesland, das das Bundesumweltministerium eingeladen habe, das im Übrigen mit hohem Interesse die Sache verfolgt habe, das Planspiele zur TA Luft im Bereich der Landwirtschaft gemacht habe, um herauszufinden, wo die Knackpunkte für eine neue TA Luft seien, die verändert werden müssten. Diese Sachen stünden alle nicht als großen Posten im Etat, aber es seien alles Posten, bei denen es NRW tatsächlich schaffe, Politik für die Landwirtinnen und Landwirte zu machen und die Sache voranzubringen.

Im Bereich „Tierschutz“: Die Stelle des Tierschutzbeauftragten werde zum 01.01.2020 eingerichtet. Die Tiergesundheitsdatenbank werde im nächsten Jahr kommen. Die Nutztierhaltungsstrategie sei entwickelt worden, die in Dialogveranstaltungen in diesem November mit den „Stakeholdern“ diskutiert werde. Das Ergebnis werde sie hoffentlich Anfang des Jahres präsentieren können. All das werde abgearbeitet, woran gearbeitet werden müsse.

Zum Thema „Naturschutzhaushalt“: Den Naturschutzhaushalt habe das Ministerium gegen viele Kämpfe stabil gehalten. Es gebe keine globale Minderausgabe. Dieses Instrument habe es auch in der Regierungszeit von Rot-Grün gegeben, wenn der Finanzminister zu den Häusern sage, sie müssten soundso viel Prozent einsparen. Man habe es geschafft, weil die Biodiversität ein wichtiges Thema sei, dass der Naturschutzhaushalt davon befreit sei, man habe ihn sogar leicht aufstocken könne. Natürlich seien das nicht die wünschenswerten Beträge, die alle gerne hätten.

Die 80 Millionen Euro von Herrn Rüße hätte sie gerne. Herr Kaiser habe ihr zugeflüstert, am liebsten nur die Verpflichtungsermächtigungen. Man müsse auch realistisch bleiben bei dem, was man tue. Einen Naturschutzhaushalt in der Situation, in der man sei, stabil zu halten, keine globale Minderausgabe draufzulegen, sei schon eine große Leistung. Man müsse hier wichtige Projekte voranbringen.

Zum Wald: Die Soforthilfe bei Extremwetter mit 9,6 Millionen Euro werde in diesem Jahr verausgabt. In diesem Jahr würden noch keine Mittel zur Wiederaufforstung ausgegeben, weil man noch bei der Schadensbeseitigung sei. Man sei noch nicht bei der Wiederaufforstung. Das werde kommen. Das gehe im nächsten Jahr los.

Warum es nun eine Ergänzungsvorlage gebe, da bitte sie Herrn Blex, mit den Mitarbeitern darüber zu sprechen, wie Haushaltsverfahren im Landtag oder im Bundestag tatsächlich liefen. Man habe den Haushaltsentwurf mit den 100 Millionen Euro nicht mehr erreichen können und habe deshalb die Ergänzungsvorlage beschlossen. Sie sei froh, dass man die 100 Millionen Euro für die nächsten Jahre habe. Das „Rüße-Geld“ würde sie auch gerne nehmen. Ob man nun wirklich 80 Millionen Euro brauche, um Flächen aufzukaufen, ob man jetzt schon mit solchen Maßnahmen auf den Markt und in die Fläche gehen sollte, daran müsse sie ein paar Fragezeichen setzen.

Zum Thema „Umwelt und Klima“, die BNE-Ausgaben: Frau Winkelmann habe es dankenswerterweise aufgezählt. Als sie ins Haus gekommen sei, sei es von ihrem Vorgänger so sortiert gewesen, dass BNE keinen richtigen Titel gehabt habe. Jedes Jahr sei man unterfinanziert gewesen mit anderthalb Millionen. Die anderthalb Millionen hätten irgendwo im Haushalt zusammengesucht werden müssen, um 20 oder 23 Einrichtungen fest zu finanzieren. Man habe jetzt im Haushalt dafür gesorgt, dass die BNE-Einrichtungen konstant und auch ausgeglichen finanziert werden könnten. Sie sei stolz darauf, dass man das hinbekommen habe.

Zum Verbraucherschutz: Die Verbraucherzentrale werde mit 16,1 Millionen Euro jährlich ausgestattet, immer wieder steigend, dieses Jahr um 310.000 Euro, sodass im Bereich der Verbraucherpolitik die Aufgaben wahrgenommen werden könnten. Sie danke allen, dass sie diese Arbeit unterstützten. Sie danke auch ihren Vorgängern. Eckhard Uhlenberg habe die konstante Finanzierung der VZ auf die Schiene gesetzt. Es sei unter Johannes Rimmel beibehalten worden, sodass die Verbraucherzentrale – das sei eine Besonderheit in Nordrhein-Westfalen – wirklich ausreichend finanziert sei. Das sei ein positives Signal an die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen.

Ein persönliches Wort zur Windenergie im Wald: Sie sei dagegen. Sie habe nichts übrig für Windenergie im Wald. Sie finde, die gehöre da nicht hin. Sie habe Verständnis für die Situation der Waldbesitzer. Sie sei der Meinung, dass es keine gute Idee sei, im Wald Schadensflächen nicht aufzuforsten, sondern stattdessen Windenergieanlagen dort hinzusetzen. Sie wisse, dass es einfacher sein könne, das im Wald zu sortieren als sich mit der nächsten Bürgerinitiative am Ort auseinanderzusetzen.

Sie habe gelesen, dass es in Deutschland 1.200 Bürgerinitiativen gegen Windkraft gebe. Das müsse man sich mal vorstellen. Trotz allem sollte man nicht den Weg mit Windkraft im Wald gehen, sie sei aus Natur- und Artenschutzgründen der Meinung, dass Windenergie nicht in den Wald gehöre. Das sei noch zu diskutieren. Das sei ihre persönliche Meinung.

Zu den Themen „Hochwasserschutz“ und „Lebensmittelkontrolle“ bitte sie Herrn Kaschny auszuführen.

**MDgt Achim Kaschny (MULNV)** gibt an, im Hochwasserschutz seien 10 Millionen Euro weniger veranschlagt als im vergangenen Jahr, der Titel sei aber nicht gekürzt worden. Der Hochwasserschutz sei ein vieljähriges Programm, das umgesetzt werde, wobei manchmal wie in einer Glockenkurve bedingt, dass man mehr oder weniger Geld in die Hand nehmen müsse. Im Rahmen dieses vieljährigen Projektes brauche man im nächsten Jahr 10 Millionen Euro weniger, aber es werde kontinuierlich weiterfinanziert.

Der Finanzminister habe im vergangenen Jahr die Gelegenheit gegeben, die nicht verbrauchten Mittel im Hochwasserschutz in die sogenannte Selbstbewirtschaftung am Jahresende zu packen, das heiße, kein Euro im Hochwasserschutz gehe verloren. Die Mittel blieben zur Finanzierung der Maßnahmen bestehen, bis alles ausfinanziert sei. Es seien mal 10 Millionen Euro weniger, aber das sei in einer Glockenkurve so.

Bezüglich der vom LANUV verwalteten Mittel für die Lebensmittelkontrolle sei es so, dass damit Kontrollassistenten ausgebildet worden seien, von denen man weniger habe. Dadurch sei der Bedarf im Ansatz angepasst worden.

**Norwich Rüße (GRÜNE)** meint, dass die Themen im Umweltbereich, die zurzeit anstünden, diskutiert werden müssten. Sie seien dafür entscheidend, wie man das Leben zukünftig gestalte. Klimaschutz, Artenvielfalt – wenige würden das anders sehen –, wenn die Netze zusammenbrächen und wenn sich das Klima massiv wandle, dann würden alle ein Problem haben. Die Landwirtschaft habe einen leichten Vorgeschmack an der Stelle bekomme.

Wenn man die Verluste sehe, die dort passiert seien, und wenn man das in Relation setze zu dem Haushalt des Umweltministeriums, dann sei das ein Witz. Dieses Ministerium habe einen Anteil am Gesamthaushalt des Landes NRW von 1,55 %. Dann komme die Debatte: in anderen Ministerien seien auch die Lehrerstellen und andere Dinge. Trotzdem sei es deutlich zu wenig, was dem Land Nordrhein-Westfalen der Umweltschutz wert sei. An der Stelle wäre ein Waldfonds durchaus sinnvoll. An der

Stelle würde man auch keine Gelder für konsumtive Zwecke ausgeben, sondern man würde in Waldboden investieren. Es sei egal, ob Private oder der Staat Wald besäßen. Das stimme. Aber der Waldfonds solle sich ausdrücklich an diejenigen Waldbesitzer wenden, die keine Lust mehr hätten, die diese Investitionen nicht mehr schultern wollten und die froh wären, wenn ihnen jemand für einen guten Preis den Wald abnehme.

An der Stelle sei man auch bei der Frage Windkraft im Wald. Waldbauern würden ihm sagen – das sei auch berechtigt –, wie sie denn auf die Fichte verzichten sollten – die Fichte habe ein Drittel des nordrhein-westfälischen Waldbodens erwirtschaftet –, zwei Drittel der Erträge. Sie sei also der vielzitierte „Brotbaum“. Dieser „Brotbaum“ werde wegbrechen, für den werde man keinen Ersatz haben. In ein paar Regionen werde er bleiben, er werde erhebliche Rückgänge haben. Da wüsste er gerne, was man den Waldbauern als Ersatz verspreche, was man denen sage, wovon sie zukünftig ihre Erträge erzielen sollten. Ihm seien Herr Funkes Worte noch gegenwärtig. Er habe gesagt, auf etlichen sauerländischen Höfen sei der Wald genau die Einnahmequelle, die dem Altenteiler die Existenz absichere. So sei das vertraglich vereinbart. Er frage, wie man das mal machen wolle.

Auch wüsste er gerne, warum man sich dagegen sperre, in Fichtenwaldkulturen, die zusammengebrochen seien, ein Windrad hineinzustellen, in einen Wald, der sicherlich nicht die höchsten naturschutzfachlichen Bewertungen erhalte. Er verstehe die Blockadehaltung überhaupt nicht. Worüber man an der Stelle reden könnte, sei, wie man das so mache, dass der Wald möglichst wenig beeinträchtigt werde, ob man da weit reingehen müsse, wie man es intelligent mache, dass man nur an die Ränder rangehe, dass man möglichst wenig Fläche in Anspruch nehme. Diese Diskussion wolle er führen. Aber das total zu blockieren, könne er überhaupt nicht nachvollziehen.

Die Landesregierung lobe Frau Winkelmann für den Vertragsnaturschutz. Jetzt gebe man quasi das Geld aus, das Johannes Remmel und der damalige Staatssekretär Horst Becker für das Programm „Ländlicher Raum“ organisiert hätten. Er wüsste gerne, was die neue Landesregierung jetzt so großartig verändert habe, dass das mehr geworden sei an der Stelle. Es werde einfach das fortgeführt, was es schon gegeben habe. Er habe die Vorgängerin der jetzigen Ministerin noch vor Augen, als sie Abgeordnete gewesen sei. Jede Überführung eines Euro von der ersten in die zweite Säule, aus dem am Ende auch das ELER-Programm finanziert werde, sei in ihren Augen falsch gewesen. Es hätte alles in der ersten Säule bleiben müssen. Wenn damals das gemacht worden wäre, was die CDU gewollt habe, dann hätte man heute gar nicht die Mittel für den Vertragsnaturschutz, für den sich die CDU heute selbst beklatsche.

Wenn er den Vergleich ziehen dürfe: Im Bereich Naturschutz lobe sich die Landesregierung für die 36 Millionen Euro. Wenn er sich die Entwicklung angucke, es habe unter Rot-Grün unter Johannes Remmel damals die Verdoppelung des Naturschutzhaushaltes von 18 auf 32 Millionen Euro gegeben. Das sei passiert. Dann sei erst einmal nichts passiert. Wenn man die gleichzeitigen Entwicklungen im Bereich Landwirtschaftskammern sehe, wie da in den letzten Jahren die Beträge hochgefahren worden seien, dann sollte man das auch in Relation zueinander setzen. Dann finde er

schon, dass man im Bereich Biologische Stationen deutlich nachlegen könnte. Er sei froh, dass mittlerweile alle der Meinung seien, dass die Biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen eine gute Arbeit machten. Wenn man mit den Biologischen Stationen spreche, werde gesagt, dass die Mittel nicht ausreichten. Früher habe es eine klare Aufteilung der Biologischen Stationen in die eher ländlichen und städtischen Gebiete gegeben. Sie hätten viel mehr Gebietsbetreuung gemacht, in den städtischen Bereichen solle mehr im Bereich Bildung, Naturbildung gemacht werden. Man müsse aber im Bereich Naturbildung auch im ländlichen Raum deutlich mehr machen. Die Stationen leisteten das gar nicht. Die alte Idee, die Menschen im ländlichen Raum wüssten so viel mehr über Natur, das sei alles Makulatur. Der Verlust an Naturkenntnissen sei im ländlichen Raum mittlerweile genauso groß wie im städtischen Raum. Da hätte man aus seiner Sicht deutlich mehr tun müssen.

Düngeverordnung: Es sei gut, wenn das Messstellennetz überprüft werde, Fehlerstellen eliminiert würden. Das sei in Ordnung, das solle man alles tun. Er würde sich erhoffen – das gehe vermutlich den Kollegen von der SPD genauso –, dass NRW auch Vorschläge mache, wie man denn die Düngeverordnung konkret verbessern könne. Er frage – Nordrhein-Westfalen sei eines der betroffenen Länder –, warum NRW nicht einen Vorschlag mache, nach Bodenqualität zu differenzieren, leichter Boden/schwererer Boden. Das wäre ein Vorstoß in der Sache. Das Messstellennetz zu prüfen, sei in Ordnung. Die EU habe mehrfach kritisiert, wie die Düngeverordnung gemacht worden sei. So, wie es gemacht worden sei, gehe es einfach nicht. Das sei danebengegangen. Da würde er sich mehr von der Landesregierung erwünschen.

**Heinrich Frieling (CDU)** kommt auf den von den Grünen vorgeschlagenen Waldfonds zu sprechen. Immerhin hätten die Grünen sich die Mühe gemacht, konkrete Vorschläge zu machen. Er meine, die Begründung widerspreche sich selber. Einerseits werde gefordert, dass der Staat die Flächen aufkaufe, dann aber heiße es, es sollten genossenschaftliche Bewirtschaftungsformen werden. Es könne nur eins sein: entweder staatlicher oder privater Besitz. Das sei widersprüchlich. Wer genossenschaftliche, gemeinschaftliche Bewirtschaftung wolle, müsse auch die jetzigen Privatwaldbesitzer unterstützen, die in gemeinschaftlicher Form in Forstbetriebsgemeinschaften, in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen arbeiteten.

Es gebe auch gewichtige Argumente. Neben der Frage, wo die Menge Geld herkommen solle, könne es auch nicht sein, dass das Land jetzt landesweit Streubesitz von Privatwaldbesitzern aufkaufe, ohne ein Konzept dahinter zu haben. Da seien zunächst einmal andere Privatwaldbesitzer in der Nähe gefragt, da seien Kommunen möglicherweise gefragt, wenn sie in dem Bereich Waldflächen hätten, Konzepte umzusetzen. Das Land käme höchstens im Einzelfall infrage, wenn es Flächen seien, die unmittelbar an Flächen des Landes angrenzen würden. Ohne ein Konzept, das dahinterstehe, helfe das dem Wald nicht. Seine Fraktion stehe zum Privatwald.

Letztendlich sage die Landeshaushaltsordnung in § 63, Vermögensankäufe, ohne dass irgendeine konkrete Aufgabenumsetzung des Landes absehbar damit verbunden

sei, seien nicht zulässig. Das sei der falsche Weg. Die CDU wolle die Privatwaldbesitzer stärken und ihnen nicht noch am Ende die Flächen in einer Krisensituation, die für sie vorliege, als Land abkaufen.

**André Stinka (SPD)** kommt zurück auf das Thema „Wind im Wald“. Frau Ministerin habe gesagt, sie sei dagegen. Es gebe eine Energieversorgungsstrategie des Landes. Das spiele sehr wohl in den Umweltbereich hinein, weil man an den Klimafolgen zu leiden habe. Es werde erzählt, das bekomme man alles hin, man blockiere die Windkraft. Der Minister habe heute lang und breit erklärt, dass es doch noch Möglichkeiten im Walde gäbe. Eine klare Linie sei da nicht erkennbar. Man könne nicht erzählen, dass man den erneuerbaren Anteil steigern wolle, gleichzeitig aber einen großen Anteil massiv blockiere und den Bereich Wald total ausklammern wolle. Heute Morgen sei im Wirtschaftsausschuss die Debatte geführt worden. Das sei eine Haltung, man können sagen: Nein, das wolle man nicht und nicht drumherum reden. Ob er das teile, sei eine andere Frage.

Zum Thema „Düngeverordnung“: Die Ministerin rege sich nicht auf, weil er sie das gefragt habe, sondern weil sie mit einer Debatte zum Thema „Messstellen“ antworte, die nicht von der SPD gekommen sei. Sie sei geführt worden im Rahmen der Debatte um die Düngeverordnung. Das sei eine Scheindebatte gewesen. Die Kontrolle der Messstellen habe ergeben, 10 % funktionierten nicht richtig.

(Ministerin Ursula Heinen-Esser [MULNV]: Stellen wir uns vor, wir hätten das bei der Luftreinhaltung gehabt. Dann wäre Holland in Not gewesen.)

– Es sei häufig so dargestellt worden, als wenn die Messstellen überwiegend falsch anzeigen würden. Man könne das Problem der roten Bereiche ja nicht mit den Messstellen lösen. Man rede immer um das Problem drumherum. Es sei die Tierhaltung. Deswegen habe er vorhin über die GAP-Reform gesprochen. Es gehe darum, dass es in einigen Bereichen des Landes einen zu hohen Viehbestand gebe. Er würde sich wünschen, dass man gemeinsam darüber nachdenke, wie man den Landwirtinnen und Landwirten ein Einkommen sichere und wie man darüber hinaus das Grundwasser auch schütze. Das sei die Kernfrage, die alle beschäftige. Dass man die Messstellen prüfe, sei gut und in Ordnung. Auch dieser Stall sei gut und in Ordnung. Es würden immer Nebenschauplätze aufgemacht, um eine Frage nicht anzusprechen.

Die Ministerin sei in einigen landwirtschaftlichen Blättern massiv angegriffen worden, weil sie gesagt habe, jetzt rede man 30 Jahre über die Düngeverordnung. Natürlich sei lobbyiert worden. Natürlich seien die Düngeverordnung so gemacht worden, dass man jedes Mal „vor die Pumpe laufe“. Das sei die Kernfrage. Er rege sich auf, weil man sich dauernd damit beschäftige, weil die Kernfrage, nämlich Viehbestand, nicht angegangen werde. Die müsse so angegangen werden, dass für die Landwirtschaft eine Zukunft organisiert werde. Die Frage werde im Kern nicht gelöst. Es würden immer nur Scheindebatten drumherum geführt. Die SPD-Fraktion habe dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht, weil es darum gehe, mit einem Haushalt Zukunft zu gestalten und keine Scheinhaushalte aufzubauen.

Eine Frage habe seine Fraktion zu den Personalausgaben gestellt. In Frage 1 gehe es um die Erhöhung der Stellen der Besoldungsgruppe A 16 in der Besoldungsgruppe B 2. Seine Fraktion habe gefragt, wo diese Stellen im MULNV verortet seien. Er wüsste gerne, in welcher Abteilung sie zum Tragen kämen. Diese Stellen müssten ja auch Aufgaben im Ministerium haben.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** meint, die Diskussion bezüglich der Abstockung des Viehbestandes könne der Ausschuss führen, wenn er über die Nährstoffverteilung spreche. Das könne man zu gegebener Zeit diskutieren.

Nun habe Herr Rüße vorgeworfen, dass das Aktionsprogramm Insektenschutz nicht konkret umgesetzt werde, dann weise er auf folgende Formulierung der Umweltministerin hin, bezogen auf die Landschaftsplanung: „Der Bund wird Erfordernisse und Maßnahmen des Insektenschutzes in die überörtlichen und örtlichen Planungsinstrumente integrieren, um dadurch insbesondere den für Insekten wichtigen Biotopverbund, den Insektenschutz beim Bau und Betrieb von Verkehr- und Energieinfrastruktur und die Landschaftsplanung auf der örtlichen Ebene, auf der kommunalen Ebene zu stärken.“ Er sei gespannt, wie konkret die SPD-Kollegin da werde.

Wenn dem so wäre, dann müsste man in Nordrhein-Westfalen in einer deutlich besseren Situation sein als alle anderen Bundesländer. Denn man habe die Sekundärintegration in die Bauleitplanung. Hier gebe es eigenständiges Planungsinstrument. Da sei zu fragen, was in der Vergangenheit schiefgelaufen sei bei der Landschaftsplanung, wenn das der große Schlüssel sei, wenn man auch Probleme habe in Nordrhein-Westfalen. Wenn man sich anschau, was die Ministerin im Bund sehr konkret formuliert habe – sie werde Hinweise geben für die örtliche Ebene –, und sich dann anschau, was im Haushalt stehe, könne man feststellen, dass im Haushalt 800.000 Euro für die Aufstellung und Bearbeitung von Landschaftsplänen stünden. Dass man das nicht als Land mache, sei doch kein Vorwurf, den man machen könne. Da liege die Zuständigkeit auf der Kreisebene. Dort werde es gemacht. Da seien die Mittel auch da, ganz konkret.

Nun vergieße man wieder die Krokodilstränen über die Windkraft. Er gucke sich vor Ort an, wo die SPD-Kollegen direkt dagegen seien, wenn sich eine Bürgerinitiative abzeichne. Die Grünen glaubten doch auch nicht, dass ihre grünen Kollegen vor Ort ein Jahr vor der Kommunalwahl hingingen und jetzt nach vorne gingen, um das jetzt zu machen. Dann sollte man konsequent sein und das auf die örtliche Ebene runterbrechen. Dann sollte die SPD mit ihren eigenen Leuten sprechen und ihnen sagen, dass die SPD die Windkraftanlagen in der Breite haben wolle, dass man sich mit den Protesten zurückhalte. Dann wäre es glaubwürdig. Hier jedes Mal eine Debatte aufzumachen und sich vor Ort zu verstecken, das helfe in der Sache auch nicht weiter.

**André Stinka (SPD)** erwidert, der Ausschuss diskutiere über politische Rahmenbedingungen. Wenn er vorhin ausgeführt habe, dass am 03.06. eine gelungene Veranstaltung in den Rheinterrassen stattgefunden habe und fast ausschließlich alle Wis-

senschaftler sagten, dass Freiflächenschutz ein Mittel sei im Bereich von Biotopvernetzung und der Steigerung der Biodiversität, dann müsse er feststellen, dass drei Tage später der Landesentwicklungsplan das 5-Hektar-Ziel aufgebe und der Staatssekretär sage, man gucke nach Freiflächen an Bahndämmen, dann würde doch auch Dr. Nolten nachfragen, wie sich das erkläre und wie sich das decke mit den Aussagen des Ministerpräsidenten. Er frage, welche Linie die Landesregierung habe, ob die von montags vom Rheinufer oder die Haltung im Wirtschaftsausschuss gelte. Das müsse und werde er weiter nachfragen.

Beim Thema „Windkraft“ habe er vorhin deutlich gemacht: Wenn eine Landesregierung sage, man wolle eine Energieversorgungsstrategie und man wolle 65 % Erneuerbare, dann müsse sie auch klarmachen, wie sie das bewerkstelligen wolle. Natürlich gebe es Widerstände. Er sitze im Kreis Coesfeld mit dem Bürgermeister aus Nordkirchen zusammen, weil man ein Windrad wolle. Die Leute wollten erneuerbaren Strom, wollten aber nicht sagen, wo er herkomme. Das habe er schon anerkannt. Dann zähle er aber auch 100 CDU-Leute auf, die sich für den Klimaschutz aussprechen. Sie seien vor Ort auch dagegen. Das helfe aber nicht weiter, weil das keine Strategie befördere. Die Landesregierung müsse die Leitplanken vorgeben.

Wenn diese Energieversorgungsstrategie auf Sand gebaut sei, dann müsse die Opposition darauf hinweisen. Da werde man die Landesregierung nicht aus der Verantwortung lassen. Das sei der politische Streit und die Auseinandersetzung. Die Landesregierung formuliere Ziele, sie müsse sie aber auch mit Maßnahmen hinterlegen. Fotovoltaik am Baggersee werde nicht reichen, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu versorgen. Darüber werde man sich auf lange Sicht immer wieder unterhalten.

**Dr. Ralf Nolten (CDU)** betont, wenn man über den Landesentwicklungsplan rede, rede man auch über die Regionalpläne, sie seien kraft Gesetz Landschaftsrahmenpläne. Der Landschaftsrahmenplan sei die Vorgabe für den Landschaftsplan. Das sei auf der unteren Ebene umzusetzen. In der Vergangenheit seien da auch Fehler gemacht worden. Sonst hätte man nicht die Defizite. Das gehöre zur Ehrlichkeit dazu. Man habe unten die Gestaltungsmöglichkeiten und die entsprechende finanzielle Ausstattung über diesen Haushalt. Er wisse nicht, warum das nebulös sein solle. Das sei konkreter als das, was man aus dem Aktionsprogramm Insektenschutz in Berlin lesen könne.

**Markus Diekhoff (FDP)** stellt heraus, Nordrhein-Westfalen sei eines der wenigen Bundesländer, die ein differenziertes Programm aufgelegt hätten nach dem Ausstieg aus der Braunkohle. Der Wirtschaftsminister habe beschrieben, wie eine Energiewende in einem Industrieland gelingen könne. Allein die Windkraft werde das Industrieland NRW nicht retten. Es gebe Speichernotwendigkeiten. Aber ein Mix aus den verschiedenen regenerativen Energien wie Solar, Wind, Biogas und und und –, auch die Wasserkraft sei ein wichtiger stetiger Faktor – werde helfen. Das habe Minister Pinkwart ausgeführt.

Das andere Wichtige – was immer wieder vergessen werde – sei die Akzeptanz in der Bevölkerung. Akzeptanz sei das A und O. Er sei froh, dass jetzt auch die Bundesregierung, auch mit Beteiligung der SPD, erstmals die Vokabel nutze, bundesweit etwas regeln möchte und ebenfalls sage, die Akzeptanz sei das Entscheidende. Es würden jetzt immer die 1.500 m kritisiert. Die 1.000 m, die im Raum stünden als Abstand zu dörflichen Strukturen, was immer das sei – das sei nicht bestimmt –, könnten am Ende sogar dazu führen, dass es weniger substanziellen Platz für Windkraft gebe als die 1.500 m, die definiert worden seien, als Abstand zur reinen Wohnbebauung. Die Idee, die hier formuliert worden sei, man wolle es, man brauche Akzeptanz, man müsse sicherstellen, dass die Leute mitmachen, komme jetzt auch von der SPD im Bund. Dann sollte man hier aber auch nicht so tun, als wäre man auf dem falschen Weg.

**Dr. Christian Blex (AfD)** legt dar, die Showkämpfe würden auch nicht weiterhelfen. Die Landesregierung wolle die Windkraft in NRW verdoppeln, die Fotovoltaik auch entgegen jeden technisch-physikalischen Sachverstand. Er wisse nicht, warum man sich da überhaupt streite. Natürlich könne man das nicht umsetzen. Das wüssten die Politiker von CDU, FDP und SPD. Man könne es technisch nicht umsetzen. Man brauche sich auch nicht über den Wald zu streiten, man könne es nicht umsetzen, das Stromnetz bräche dann zusammen. Es wäre sinnvoller, nach außen geschlossen die Propaganda weiter zu vertreten. Man könne es so oder so nicht umsetzen.

**Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)** hält es für wichtig, abgesehen vom letzten Beitrag, Tacheles miteinander zu reden. Es komme heraus, was man voneinander erwarte, wie die Vorstellungen aussähen.

Zurück zum Thema „Düngeverordnung“: Da habe man sie tatsächlich „erwischt“. Sie habe sich nicht aufgeregt, weil es um eine inhaltliche Frage gegangen sei, sondern weil Herr Stinka ihr Untätigkeit vorgeworfen habe. Das weise sie massiv zurück. Man müsse die Messstellen kontrollieren, weil man nur so Vertrauen in die Maßnahmen schaffe. Wenn Messstellen nicht in Ordnung seien, bekomme man massive Vertrauensverluste. Man habe die Diskussion auch beim Thema „Luftreinhaltung“ gehabt. Man werde sich mit Binnendifferenzierung beschäftigen müssen, unabhängig davon, wie die Zukunft aussehe. Man werde sich mit der Zukunft einer nachhaltigen Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen intensiv beschäftigen müssen. Das betreffe einmal das Thema „Nutztierhaltung“. Natürlich habe das auch etwas mit der Düngeverordnung zu tun.

Sie sei sehr dankbar, dass Heinrich Bottermann, der Staatssekretär, fachkundig das Thema massiv vorantreibe, wobei das Leitbild für Nordrhein-Westfalen skizziert werde, wie die Nutztierhaltung hier tatsächlich aussehen solle. Diese Schritte würden im Moment abgearbeitet. Sie bitte um Verständnis. Hier würden grundlegende Entscheidungen getroffen, die man nicht einfach aus dem Ärmel schüttele – nach dem Motto, man wisse genau, wo es hingehge.

Herr Rüße kritisiere, warum sie das oder jenes nicht vorgeschlagen habe. Sie habe in Berlin in vielen Runden gegessen, in der Agrarministerkonferenz. Es werde mit dem

Bund, mit Svenja Schulze, mit Julia Klöckner darüber gerungen, was man tatsächlich machen könne, wie man mit der Düngeverordnung umgehen könne. Sie gehöre nun nicht zu denjenigen, die sagten, da müsse nun „Ursula Heinen-Esser (CDU) aus NRW“ drauf stehen, die den Vorschlag bringe. Ihr gehe es darum, dass man insgesamt mit dem Bund zusammen ein System finde. Die Zukunft der Tierhaltung in Nordrhein-Westfalen sei sehr wichtig. Das werde aber nicht ausreichen. Alle würden im Moment die Stimmungslage, die Situation in der Landwirtschaft erleben. Man werde sich mit der Zukunft einer nachhaltigen Landwirtschaft in den nächsten Jahren weiter intensiv beschäftigen müssen.

Man werde sich mit dem Pflanzenbau beschäftigen müssen, mit dem Thema „Pflanzenschutzmittel“. Da kämen noch schwere Diskussion auf das Land zu. Man werde sich mit dem Thema „Biodiversität und Landwirtschaft“ beschäftigen müssen. Jetzt sei auch die Erhöhung der Mittel für die Landwirtschaftskammer kritisiert worden. Da müsse sie sagen, dass die Landwirtschaftskammer gerade in den Biodiv-Bereichen eine Menge Aufgaben in der Beratung übernehme, was wirklich Früchte trage. Sie stehe 100%ig zu den Themen „Agrarumweltmaßnahmen, Vertragsnaturschutz“. Hier werde man auch Zukunftsfragen lösen müssen. Das seien alles Themen, die man miteinander ausfechten und ausdiskutieren müsse. Sie sei froh, dass der Ausschuss heute anhand des Haushalts eine Grundsatzdiskussion geführt habe. Sie würde sich wünschen, dass man das in den nächsten Monaten und Jahren weiter anhand der Themen, die anstünden, vertiefen könne. Denn man werde, was die Landwirtschaft angehe, in schweres Fahrwasser kommen.

Die Demonstrationen der Landwirte, die sie erlebe, die teilweise um ihre Existenz kämpfen würden, seien schon sehr beeindruckend. Da gebe es noch viele andere Themen, mit denen man sich beschäftigen müsse: Wertschätzung, Respekt, Preisgestaltung etc..

**MDgt Achim Kaschny (MULNV)** gibt zu den Stellen der Besoldungsgruppe B 2 an, die Stellen seien nicht Organisationseinheiten zugeordnet. Sie seien aber alle im Ministerium.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 170 – Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und Direktor der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragter – Titel 671 11 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 260 – Landesforstverwaltung – Titel – Einrichtung eines Waldfonds zum Ankauf von Kalamitätsflächen – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP

und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 10 400 – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – Titelgruppe 63 – Verbesserung der Lebensmittelüberwachung – Titel 546 63 – Kosten der Ausbildung zur Lebensmittelkontrolleurin und zum Lebensmittelkontrolleur sowie zur Veterinärkontrollassistentin und zum Veterinärkontrollassistenten – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 10 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD zu.

